

Köniz ist die Zukunft

Diese will dem steten Verlust von Kulturland und der Zersiedelung Einhalt gebieten. Die Berner gilt heute als Modell für andere Ortschaften. Ländliches Idyll und urbaner Raum existieren hier



Monika und Michael Röthlisberger leben mit ihren Töchtern Anja und Maya seit 2007 in der Siedlung Dreispitz. Ihre helle, topmoderne Parterrewohnung bietet einen direkten Blick auf den Liebefeldpark. Ein Einfamilienhaus auf dem Lande würden sie nicht haben wollen.



Die Zahnärztin Bernadette Kaufmann-Wyss hat ihre Praxis seit 2010 im Dreispitz – auch weil es sich um ein Prestigeprojekt handelt.

Am 3. März stimmen wir über die Revision des Raumplanungsgesetzes ab. Vorortsgemeinde Köniz arbeitet bereits seit Jahren mit einer gezielten Raumplanung und friedlich nebeneinander.



Der pensionierte Landwirt Walter Winzenried vor seinem Haus im Könizer Weiler Herzwil. Es sieht hier alles noch so aus wie in seiner Jugend – dank umsichtiger Raumplanung und kluger Vorfahren.



Das komplett neu gestaltete Zentrum von Köniz. Früher bestand es aus einer Durchgangsstrasse mit 18 000 Autos pro Tag. Heute gilt Tempo 30, und eine Koexistenzzone sorgt für Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer.

Zweimal Köniz: Der idyllische Weiler Herzwil (links) gehört ebenso zur Gemeinde wie die urbane Siedlung Dreispitz.



Steigt man am Bahnhof Köniz aus dem Zug, wirkt der Ort auf den ersten Blick nicht anders als viele andere Agglomerationsgemeinden im Schweizer Mittelland. Auf den zweiten Blick aber fallen viele relativ moderne Häuser auf – etwa die riesige Migros nahe beim Bahnhof oder die Gemeindeverwaltung ein paar Schritte weiter, bei der ein schönes altes Gebäude in einen modernen Neubau aus Glas und Stahl elegant integriert wurde.

Köniz, südwestlich der Stadt Bern, ist anders als andere Gemeinden. Sie hat bereits lokal umgesetzt, was der Bund national mit dem Raumplanungsgesetz zu erreichen hofft, über das am 3. März abgestimmt wird (siehe unten). Die 40 000 Einwohner leben über 21 Ortsteile und Weiler verteilt. Seit bald 20 Jahren wird in der Gemeinde umsichtig geplant und gebaut, mit dem Ziel, Landschaft und Grünflächen zu bewahren und die bestehenden Siedlungsgebiete zu verdichten. Die Grundlage dafür legten mehrere Initiativen und die Gemeinde selbst, die in den 80er- und 90er-Jahren Bauzonen hektarenweise reduzierte.

«In den 60er- und 70er-Jahren hegte man den Plan, Köniz auf 100 000 Ein-



«Im Zentrum haben wir noch immer Verdichtungspotenzial.»

Katrin Sedlmayer,
Könizer Gemeinderätin für Planung
und Verkehr.

wohner zu vergrössern», sagt Katrin Sedlmayer (53), SP-Gemeinderätin und zuständig für Planung und Verkehr. Daraus entstanden einige Bausünden und grosszügige Bauzonen. «Ab den 80er-Jahren wurden die Leute sensibler. Die wichtigste Abstimmung kam 1994, als eine neue visionäre Ortsplanung gutgeheissen wurde, die alle Auszonungen rechtlich verankerte.» Diese Auszonungen konnte sich die Gemeinde leisten, weil das damals nicht entschädigt werden musste. «Heute würde das unsere finanziellen Möglichkeiten bei Weitem übersteigen», sagt Sedlmayer.

Wegen all der Ampeln hiess Köniz im Volksmund einst «Ampliwil»

Die Ortsplanung von 1994 legte den Grundstein zum heutigen Köniz: intakte Grünräume, kein Siedlungsbrei, ein richtiges Zentrum. Den 40 000 Einwohnern, darunter noch immer 150 Landwirte, stehen 20 000 Arbeitsplätze gegenüber. «Auch das ist uns wichtig», betont Sedlmayer, «es bedeutet, dass viele Menschen am gleichen Ort wohnen und arbeiten, das reduziert die Mobilität.»

Früher hatte Köniz kein eigentliches Zentrum. «Es bestand aus einer Durchgangsstrasse, auf der täglich 18 000 Autos durchbrausten.» Und an der gab es so viele Ampeln, dass Köniz im Volksmund

«Ampliwil» hiess. Dank Gestaltungs- und Architekturwettbewerben entstand anfangs 2000 ein echter Ortskern. Deswegen Herz ist die sogenannte Koexistenzzone, in der alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt werden. Autos dürfen nur Tempo 30 fahren, Fussgänger ohne Zebrastreifen jederzeit kreuzen. Und Ampeln hat es auch fast keine mehr.

Obwohl die Bauzonen auf dem heutigen Stand eingefroren sind, ist Köniz noch längst nicht gebaut. «Wir haben im Zentrum noch immer Verdichtungspotenzial», sagt Sedlmayer. Politische Widerstände gab es kaum je, die Parteien zogen von rechts bis links am gleichen Strang und erzielten bei den Abstimmungen jeweils deutliche Mehrheiten.

«Es sind vor allem einzelne Bauprojekte, bei denen es manchmal zu Opposition aus der Nachbarschaft kommt.» Ab und zu gibt es auch Verzögerungen wegen Grundbesitzern. Schwer tut sich Köniz etwa im Wangental, einem Industriegebiet, das von Auto- und S-Bahn zerschnitten wird. «Dort versuchen wir seit Jahren, das Zentrum zu entwickeln, scheitern aber bis jetzt daran, dass wir nicht alle Grundeigentümer ins gleiche Boot bekommen», sagt Sedlmayer.

Letztes Jahr hat der Schweizer Heimatschutz Köniz für seine sorgfältige

Kampf um Bauzonen

Am 3. März stimmt die Schweiz über die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ab. Dieses hat das Parlament als indirekten Gegenvorschlag zur Landwirtschaftsinitiative ausgearbeitet. Das Gesetz will die Baulandreserven beschränken und Bauzonen reduzieren. Sie sollen dem zu erwartenden Bedarf in den nächsten 15 Jahren entsprechen. Dem Schweizerischen Gewerbeverband, Vertretern aus Wirtschaftskreisen sowie dem am stärksten betroffenen Kanton Wallis geht das zu weit. Sie sehen – im Gegensatz zum Bundesrat – in verkleinerten Bauzonen einen Angriff auf Eigentumsfreiheit und Föderalismus.



«Kaum eine andere Gemeinde ist so weit wie Köniz.»

Claude Rykart,
Architekt der Siedlung
Dreispietz nahe des
Zentrums von Köniz.



Ortsplanung den Wakkerpreis verliehen. «Durch die konsequente Förderung einer Siedlungsentwicklung nach innen und einer bemerkenswerten langjährigen Wettbewerbskultur hat es Köniz verstanden, die Siedlungsqualität zu steigern und der Zersiedelung erfolgreich Einhalt zu gebieten», heisst es in der Begründung der Jury. Sie würdigt die Gemeinde zudem als «Ort, der zweifellos als Modell für andere dienen kann».

Lob kommt auch von Hans-Georg Bächtold, Geschäftsführer des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins und ehemaligem Kantonsplaner Basel-Landschaft: «Köniz ist ein gutes Beispiel für eine intelligente Herangehensweise an die Siedlungsentwicklung in der Agglomeration; die Gemeinde hat den Wakkerpreis verdient.»

Vorzeigeprojekt auf dem ehemaligen Versuchsgelände

Ein Vorzeigeprojekt ist die Dreispitz-Siedlung mit dem grossen Liebefeldpark auf dem ehemaligen Versuchsgelände der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt: 15 Gebäude mit 256 topmodernen Wohnungen, optimal erschlossen, mit viel Grünraum und einem kleinen See vor der Türe – und das im Zentrum von Köniz. Der Architekt Claude Rykart (57) hat den Wettbewerb für die Siedlung gewonnen und die Überbauung von 2003 bis 2011 realisiert. Mitte Jahr wird er selbst mit seinem Büro nach Köniz zügeln.

«Es ist sehr spannend, was in Köniz passiert», sagt Rykart. «Die Gemeinde hat es geschafft, eine Eigenständigkeit zu entwickeln, die sich sehen lassen kann, dank geschickter Politik in den letzten 20 Jahren.» Rykart hat auch schon Projekte in anderen Gemeinden realisiert, die ähnliche Ideen für ihre Ortsplanung haben. «Aber kaum eine ist so weit wie Köniz.

www.migrosmagazin.ch

VISIONÄRE PROJEKTE



Ideen für die Bauten der Zukunft

Die Abstimmungsinfos und ein Blick auf Siedlungsformen von morgen.

Sie haben hier einfach schon viel früher angefangen, die Raumplanung neu auszurichten.»

Das Thema ist Rykart ein grosses Anliegen. «Der Teufel allerdings liegt im Detail. In der Theorie sind alle für Verdichtung, aber wenn sie dann plötzlich direkt auf der Nachbarparzelle stattfinden soll, kommt es schnell mal zu Einsparungen, weil die geplanten Projekte einem zu nahe oder zu hoch erscheinen.» Zudem gebe es Bauherren, denen solche Überlegungen egal seien. «Für sie sind Immobilien eine Handelsware, die Profit abwerfen soll.»

Im Dreispitz hat Rykart klare, symmetrische Bauten geschaffen, die eine gewisse Ruhe ausstrahlen und bei ihren Bewohnern gut ankommen. Etwa bei Familie Röthlisberger, die 2007 in ihre geräumige 4,5-Zimmer-Parterrewohnung einzog, als das Gelände noch eine Baustelle war. Monika Röthlisberger (41) arbeitet als Übersetzerin, ihr Mann Michael (38) ist Bergführer; beide teilen sich Haushalt und Betreuung der beiden Töchter Anja (9) und Maya (7). Auf der

Suche nach einer bezahlbaren grösseren Wohnung wurden sie in der Stadt Bern, wo sie vorher wohnten, nicht fündig. Im Dreispitz kostete sie die Eigentumswohnung 620 000 Franken.

Dass sie in ein Vorzeigeprojekt von Köniz einziehen würden, war ihnen zunächst gar nicht bewusst. Mittlerweile schätzen sie aber, dass ihre Gemeinde sehr sorgsam mit Grünraum und Bauprojekten umgeht und auch sonst engagiert und dynamisch ist. «Die Siedlung ist ausserdem so gut an den ÖV angebunden, dass wir kein Auto brauchen», sagt Monika Röthlisberger.

Nur Gemeinschaftsräume fehlen in der Siedlung

Das Einzige, was die Familie im Dreispitz vermisst, sind Gemeinschaftsräume, der Park könne das nur zum Teil kompensieren. Die Röthlisbergers würden aber jederzeit wieder einziehen. Und sie werden am 3. März auch dem neuen Raumplanungsgesetz zustimmen. «Mir ist das ein grosses Anliegen», sagt Michael Röthlisberger. «Es war auch immer klar, dass wir nicht in ein Einfamilienhaus auf dem Land ziehen wollen.»

Neben Wohnungen gibt es ein paar wenige Geschäfte im Dreispitz, darunter die Zahnarztpraxis von Bernadette Kaufmann-Wyss (56). Sie ist 2010 aus der unmittelbaren Nachbarschaft in ihre neuen Räume gezogen. Ihre Patientinnen und Patienten, die sie am früheren Ort seit 1999 betreut hatte, kamen alle mit, und sie hat seither in der Siedlung auch noch einige dazugewonnen. Sie pendelt jeden Tag von Faoug VD am Murtensee nach Köniz und fühlt sich in ihrer neuen Praxis sehr wohl. «Es ist alles ganz modern, rollstuhlgängig, und ich konnte die Details der Inneneinrichtung selbst bestimmen.» Dass die Siedlung ein

Prestigeprojekt ist, war ihr bewusst. «Es war mit ein Grund für den Umzug.» Kaufmann-Wyss hat dennoch Kritikpunkte: Einerseits könne es im Sommer trotz Minergie ziemlich warm werden, andererseits ist sie nicht glücklich mit der verengten Erschliessungsstrasse am Rand der Siedlung, in der es regelmässig zu heiklen Situationen für Fussgänger komme.

Fährt man mit dem Auto zehn Minuten weiter Richtung Südwesten, landet man in der ländlichen Idylle von Herzwil, einem der Weiler von Köniz, der dank der umsichtigen Raumplanung noch praktisch so aussieht wie vor 150 Jahren. Auf dem Hof von Walter Winzenried (68) begrüsst ein neugierig schnüffelnder Hund alle Neuankömmlinge. Winzenried ist eigentlich im Ruhestand, den Hof führt sein Sohn in sechster Generation. Aber er hilft noch immer mit, vor allem beim Holzen und der Waldpflege.

Kluge Vorfahren haben lukrativen Angeboten widerstanden

Das Wohnhaus der Winzenrieds haben Vorfahren 1821 erbaut, er selbst ist dort geboren und hatte nie das Bedürfnis, irgendwo anders zu leben. «Die heutige Landwirtschaft fordert gewisse Anpassungen, das ist klar. Ansonsten ist eigentlich alles noch so wie früher.» Und darüber ist er auch sehr glücklich. «Es tut weh zu sehen, wie viel schönes Kulturland in der Schweiz überbaut wird.»

50 Menschen leben in Herzwil, einige sind wie die Winzenrieds in der Landwirtschaft tätig, andere Mieter, die gerne auf dem Land leben. So ursprünglich das Ortsbild von Herzwil ist, so sehr hat sich die Landwirtschaft verändert. Früher konnten die Bauern von ihrer Arbeit auf dem Hof leben, heute brauchen alle einen Nebenerwerb. Winzenrieds Schwiegertochter zum Beispiel ist zu 50 Prozent als Rettungssanitäterin tätig.

Es ist aber nicht nur der Gemeinde Köniz zu verdanken, dass Herzwil noch immer so ursprünglich ist. «Wenn mein Vater oder Grossvater damals Bauland hätten verkaufen wollen, wäre das problemlos möglich gewesen. Aber sie haben der finanziellen Verlockung widerstanden», sagt Winzenried. «Anfragen gab es genug. Wenn da einer schwach geworden wäre, wären die Dämme sicherlich gebrochen. Es ist also auch das Verdienst unserer klugen Vorfahren, dass es hier noch so ist, wie es ist.»

Text: Ralf Kaminski
Bilder: Simon Iannelli

«Ich bin noch mit einem Kajütenbett aufgewachsen»

Bundesrätin Doris Leuthard macht sich für das Raumplanungsgesetz stark. Denn sie ist überzeugt: Verdichtetes Wohnen ist unumgänglich, wenn wir die Schweiz nicht völlig zubetonieren wollen.

«Wir müssen den Raum in der Schweiz intelligenter nutzen», sagt Doris Leuthard.

Doris Leuthard, am 3. März stimmt das Schweizer Volk über das Raumplanungsgesetz (RPG) ab. Sie selbst wohnen in Merenschwand im aargauischen Freiamt, in einer Region, die schon sehr zersiedelt ist. Merken Sie etwas davon?

Selbstverständlich. In unserer Region wachsen Wirtschaft und Bevölkerung. Wir profitieren von der Nähe zu Zürich und Zug. Beide Städte haben aber zu wenig und oft teures Bauland, sodass die Menschen zu uns ziehen. Ich beobachte seit Jahrzehnten, wie diese Entwicklung zugenommen hat und höre die Diskussionen in den Gemeinden. Man fragt sich, ob man weiterhin so bauen kann oder ob man in unserer Gegend, wo ein- und zweistöckige Bauten dominieren, nicht mehr verdichten sollte. Sowohl der Gemeinde- als auch der Städteverband stimmen dem Gesetz deshalb klar zu. Sie sind überzeugt, dass Schritte nötig sind.

Nur träumen halt viele immer noch vom eigenen Haus mit Garten ...

Ist das wirklich noch so? In unserem Land haben wir nach wie vor 70 Prozent Mieter. Wenn ich mit Jungen rede, möchten viele eher in einem Loft mit viel Platz leben. Ein Haus ist mit Gartenarbeit und finanziellen Verpflichtungen verbunden. Vielleicht ändert sich unser Wohnverhalten und der Anspruch auf den Raum, den wir intelligenter nutzen müssen. Von einer gut gelegenen Wohnung aus haben Sie möglicherweise die bessere Aussicht und mehr Privatsphäre als in einem Reiheneinfamilienhaus.

Sie selbst leben in einem Einfamilienhaus? Ja, ich bin aber aus einer anderen Generation und privilegiert, denn als wir damals Bauland kauften, war das noch viel erschwinglicher.

Staatliche Raumplanung bedeutet doch letztlich einen Eingriff in die Eigentumsrechte von Privaten.

Nein. Beim Raumplanungsgesetz, über das wir abstimmen, greift der Bund nicht



mehr ein als heute. Der einzige Unterschied: Der schon geltende Grundsatz, die Grösse der Bauzonen auf den effektiven Bedarf für 15 Jahre auszurichten, wird bekräftigt und im Gesetz mit der Pflicht verknüpft, zu grosse Bauzonen zu verkleinern. Wenn Kantone trotzdem für viel mehr als den voraussichtlichen Bedarf einzonen, kann der Bund das korrigieren. Heute geht das nicht. Allerdings arbeiten die meisten Kantone bereits jetzt mit diesen 15 Jahren, und deshalb verändert sich für diese wenig.

Nur ist der Bedarf an Bauland in Wirtschaftsgebieten wie Genf, Bern, Basel und Zürich massiv höher als in anderen Regionen.

Ja. Die Revision ermöglicht darum ja auch, neues Bauland zu schaffen, wo die Bevölkerung wächst, wo sich neue Unternehmen ansiedeln und entsprechender Bedarf besteht. Wo die Bauzonen aber viel zu gross oder am falschen Ort sind und die Gefahr der Zersiedelung besteht, gibt es Handlungsbedarf. Der Bund wird

Chefin des «Mega»-Departements

Die Aargauerin Doris Leuthard ist seit dem 1. August 2006 im Bundesrat und damit amtsältestes Mitglied der Schweizer Regierung. Per 1. November 2010 wechselte sie als Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements ins «Mega»-Departement Uvek und ist damit gleichzeitig Umwelt-, Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsministerin. Die CVP-Politikerin und einstige Rechtsanwältin wird im April 2013 50 Jahre alt, sie ist verheiratet und wohnt in Merenschwand AG.

bei jedem kantonalen Richtplan prüfen, ob der Bedarf für 15 Jahre erfüllt ist.

Im Kanton Wallis ist die Ablehnung gegenüber dem geplanten Gesetz sehr gross.

Dort wurde halt auch übertrieben. Vier bis sechs Kantone werden Bauland rückzonen müssen. Und für die gibt es verträgliche Lösungen.

Welche?

Man kann etappenweise vorgehen oder Reservezonen schaffen. Die Bündner zum Beispiel haben die Bauzonen innert eines Jahrzehnts stark reduzieren können: mit Rückzonungen und mit der Verschiebung der Flächen in die Landwirtschaftszone oder in eine Reservezone.

Die Walliser CVP-Vertreter inklusive Parteipräsident Christophe Darbelley sind deutlich gegen kleinere Bauzonen. Rechnen Sie als CVP-Mitglied mit Austritten aus Ihrer Partei? Im Wallis sind alle Parteien ausser den Grünen gegen diese Vorlage. Dort haben die meisten Gemeinden hohe Baulandreserven. Der Bund hat möglicherweise zu lange zugeschaut. Ihm fehlte aber auch lange Zeit ein Instrument, um wirksam einzugreifen.

Der Gewerbeverband spricht für den Fall einer Annahme des Raumplanungsgesetzes von 18 800 Hektaren Bauland, die rückgezont werden müssten, und damit einem Wegfall von 37,6 Milliarden Franken. Wie können betroffene Gemeinden die Finanzen ins Lot bringen? Diese Zahlen stimmen nicht. Auch Kantone weisen die Schätzungen des Gewerbeverbands zurück. Er betreibt Angstmacherei. Sonst hätten ja nicht sämtliche Kantone ausser dem Wallis dem Raumplanungsgesetz zugestimmt.

Wie bürgerlich ist es für Sie als CVP-Politikerin, einem Gesetz zuzustimmen, das der Gewerbeverband entschieden ablehnt?

Die Kantone sind mehrheitlich auch bürgerlich. Der Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz ist SVP-Mitglied. Und sie alle sind für das Raumplanungsgesetz. Für die Revision stehen nicht nur grüne Visionäre und Landschaftsschützer ein. Denn der Druck auf unseren Boden ist gross. Trotzdem haben gewisse Kantone auf Vorrat für Jahrzehnte Bauland eingezont. Das wollen wir korrigieren. Wir müssen zu unserem Boden Sorge tragen.

Das Gegnerkomitee sagt aufgrund der begrenzten Bauzonen höhere Mieten voraus. Das kann selbst der Mieterverband nicht nachvollziehen. Eine hohe Miete ent-

steht dort, wo die Nachfrage grösser als das Angebot ist, wo es wenig Landreserven gibt. Das hat mit der Vorlage nichts zu tun.

Stichworte wie Raumplanungsentscheide, Bau- und Rückzonungen, Planungsmehrwerte oder Mehrwertabgabe: Das Raumplanungsgesetz ist sehr komplex. Ist es noch verständlich?

Jede Vorlage ist heute mit vielen technischen Begriffen gespickt und komplex. Aber die Stimmbevölkerung hat immer wieder bewiesen, dass sie die drei, vier zentralen Elemente seriös diskutiert und darüber entscheiden kann.

Welches sind die zentralen Elemente des Raumplanungsgesetzes?

Der Bundesrat will den steten Kulturlandverlust verhindern. Deshalb sind die Bauern auf unserer Seite. Wir wollen die Zersiedelung stoppen, weil eine lockere Besiedelung nicht nur mehr Boden verbraucht, sondern der Allgemeinheit auch höhere Erschliessungskosten für Strassen, Strom und Abwasserleitungen verursacht. Und wir wollen das bestehende Bauland besser nutzen, planen und entwickeln – auf 15 Jahre hinaus ausgerichtet.

Reicht Raumplanung alleine aus, um verdichtetes Wohnen zu initiieren?

Das Verdichten nach innen ist zentral. Jene Kantone und Gemeinden, die eine besonders hohe Nachfrage nach Wohnungen haben, sind ja auch schon mitten im Prozess, aus dem vorhandenen Raum mehr zu machen.

Das bedingt, dass die Bevölkerung über neue Wohnformen nachdenkt.

Dass laufend mehr Fläche verschwindet, hat auch mit gestiegenen Ansprüchen der Gesellschaft zu tun. Ich bin noch in einem Zimmer mit einem Kajütenbett aufgewachsen, ohne dass ich mich in meiner Entwicklung beeinträchtigt gefühlt hätte. Heute haben die meisten Kinder ein eigenes Zimmer. Die Platzbedürfnisse sind gestiegen. Pro Kopf beanspruchen wir heute 50 Quadratmeter Raum. Das ist doppelt so viel wie in den 50er-Jahren. Bei mir ist das nicht anders.

Schuld an der Zersiedelung ist nicht nur unser Anspruch auf mehr Wohnraum, sondern auch die Zuwanderung.

Je stärker die Bevölkerung wächst, desto grösser ist der Bedarf an Wohnraum. Das ist klar. Die Zuwanderung hat ja aber auch damit zu tun, dass die Schweizer Bevölkerung weniger Kinder hat und uns

«Gewisse Kantone haben auf Vorrat für Jahrzehnte Bauland eingezont.»



Doris Leuthard zur Zuwanderung: «Ich bin gegen Quoten. Sie sind für eine Gesellschaft eine Bankrotterklärung.»

in vielen Branchen Fachkräfte fehlen. Zudem tragen die Zuwanderer dazu bei, die Sozialwerke und den Konsum zu stützen.

Die Bevölkerung sieht die Zuwanderung vermehrt als Problem denn als Lösung.

Das heute eingezonte Bauland würde für weitere 1,7 Millionen Menschen ausreichen. Es befindet sich aber oft in eher ländlichen Regionen, wo die Nachfrage nach Wohnraum tief ist. Deshalb entsteht in städtischen Gebieten der Eindruck: Jetzt reicht es langsam.

Was ist Ihr Eindruck?

Ich bin gegen Quoten oder Limitierungen. Sie sind für eine Gesellschaft eine Bankrotterklärung.

Dann sind Sie also für eine ungebremsste Einwanderung in die Schweiz?

Nein. Wir lenken diese ja. Es können nur Personen zuwandern, die hier eine Stelle haben. Wenn wir wirtschaftlich stark bleiben wollen, brauchen wir diese Fachkräfte. Im Niedriglohnbereich gibt es Berufe, welche Schweizerinnen und

Schweizer nicht mehr gerne ausüben. Reden Sie mit Metzgern, Gemüsebauern oder mit Pflegepersonal: Da ist der Ausländeranteil auch deswegen hoch, weil viele Schweizer in diesen Bereichen nicht mehr arbeiten möchten. Entschuldigung, so ist das einfach! Wollen wir unseren Wohlstand weiterhin, sind wir auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Arbeitgeber haben aber auch eine innenpolitische Verantwortung. Sie sollten zuerst einheimische Arbeitskräfte suchen und erst danach auf den EU-Raum ausweichen.

Lässt sich die Ventilklausel auf die EU-Ostländer erneut politisch durchsetzen?

Die EU-Länder haben wirtschaftliche Probleme. Deshalb wird der Druck auf die Schweiz auch in den nächsten zwei, drei Jahren anhalten. Der Bundesrat überlegt sich unter anderem, wie er die Ventilklausel besser gestalten und wie man das mit der EU justieren kann. Die Ventilklausel fokussiert heute ja auf die neuen EU-Staaten. Zuwanderer aus diesen Staaten sind damit gegenüber jenen aus den alten EU-Staaten im Nachteil. «Sind wir weniger erwünscht als Spanier oder Portugiesen?», fragen sie sich darum zum Beispiel.

Einige EU-Exponenten nerven sich über die Schweiz.

Das mag sein. Wir sind vielleicht anstrengender als jemand, der nur nickt. Andererseits bieten wir 260 000 Grenzgängern eine Arbeit. Diese nutzen auch unsere Infrastrukturen und konsumieren in der Regel nicht bei uns. Die Schweiz darf daher durchaus selbstbewusst auftreten. Es arbeiten ja auch viel mehr EU-Bürger in der Schweiz als Schweizer in EU-Ländern.

Zum Schluss eine ganze andere Frage: Umfragen zeigen immer wieder, dass Sie das beliebteste Mitglied unserer Landesregierung sind. Was bedeutet Ihnen das?

Solche Umfragen darf man nicht überbewerten. Ich betrachte es aber als Ehre. Die Schweizer Regierung – und da unterscheiden wir uns von anderen Ländern – sucht den Kontakt zum Volk. Das bringt uns eine gewisse Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Das ist mir für meine Arbeit wichtig, denn ich habe viele Baustellen in meinem Departement. Ich bin darum darauf angewiesen, dass das Volk sagt: «Wir glauben der Leuthard zumindest halbwegs. Sie setzt sich für unser Land ein.»

*Interview: Reto E. Wild,
Hans Schneeberger*

Bilder: Ruben Wytttenbach